

**Sperrfrist 19.09.2022, 13.00 Uhr**

Pressemitteilung

**zur Pressekonferenz der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz
am Montag, 19.09.2022, 11.00 Uhr**

Alarmstufe Rot – Krankenhäuser in Gefahr:

Kliniken droht existenzielle Krise

- **Kostenexplosion stellt Kliniken vor unlösbare Aufgabe**
- **Bundesregierung muss für kurzfristigen Ausgleich der Preissteigerungen sorgen**

Mainz, den 19.09.2022

Die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz leiden unter extremen Preissteigerungen. Viele Kliniken geraten zunehmend in wirtschaftliche Schwierigkeiten, denn sie können die gestiegenen Preise im bestehenden Finanzierungssystem nicht an die Krankenkassen weitergeben. Die Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V. (KGRP) fordert daher gemeinsam mit der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) einen sofortigen Inflationsausgleich. Hohe Preise, Energiekrise und mögliche neue Corona-Wellen werden die Krankenhäuser in bisher unvorstellbarem Ausmaß herausfordern und – ohne ein sofortiges Eingreifen der Politik – vor unlösbare Probleme stellen.

Forderung eines kurzfristigen Inflations- und Energiekostenausgleichs

„Zusätzlich zu den immer noch anhaltenden Belastungen der Corona-Pandemie führen Inflation und extrem gestiegene Energiekosten zu zunehmend existenziellen Sorgen der Krankenhäuser. Während Unternehmen in der freien Wirtschaft Kostensteigerungen weitergeben können, bleiben die Kliniken infolge eines starren Finanzierungssystems auf immensen Kosten sitzen“, so KGRP-Vorstandsvorsitzender Dr. Hartmut Münzel in der heutigen Pressekonferenz in Mainz.

Daher muss aus Sicht der KGRP ein kurzfristiger Inflations- und Energiekostenausgleich erfolgen. „Die Krankenhäuser erwarten hier von der Bundesregierung ein sofortiges Handeln. Vielen Kliniken in Rheinland-Pfalz ist eine Rückkehr zur Normalität und damit eine Regelversorgung der Patientinnen und Patienten mit notwendigen stationären Leistungen nach wie vor nur schwer möglich. Auch im Jahr 2022 hat die Belegung noch nicht das Vor-Corona-Niveau erreicht“, so

Dr. Münzel. Folgen für die Krankenhäuser sind Erlösausfälle, die neben den Kostensteigerungen zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Situation führen. Experten zufolge wird sich diese Entwicklung auch im kommenden Jahr weiter fortsetzen, wenn nicht sogar deutlich verschärfen.

Für das Jahr 2022 ist aufgrund bundesweiter gesetzlicher Vorgaben die Steigerung der Erlöse je Behandlung auf 2,3 % begrenzt. Trotz der aktuellen Kostenexplosion darf dieser Wert aufgrund gesetzlicher Regelungen nicht nachverhandelt werden. Die aktuellen Sachkostensteigerungen von durchschnittlich etwa 8 % und ebenso explodierende Energiekosten von 105 % (laut Destatis-Angabe für August 2022) sind damit nicht finanzierbar. Es klafft daher landesweit allein im Sachkostenbereich eine Finanzierungslücke von 87 Millionen Euro in Rheinland-Pfalz.

Angesichts der Kostenexplosion werden die im Herbst anstehenden Wirtschaftsplanungen der Krankenhäuser für 2023 ohne die notwendige Gegenfinanzierung den Abbau von Versorgungsangeboten beinhalten müssen, um Personal- und Sachkosten reduzieren zu können. Auch für 2023 schreibt der Gesetzgeber eine strikte Deckelung der Erlössteigerungen der Krankenhäuser vor, die derzeit keinen Ausgleich für nachgewiesene Kostensteigerungen vorsieht.

In der Pressekonferenz informierte Dr. Hartmut Münzel zusammen mit Dr. Gerald Gaß, dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) über die dramatische Entwicklung der finanziellen Lage der Kliniken in Rheinland-Pfalz und im übrigen Bundesgebiet. Die Inflation sorgt seit Wochen für erhebliche wirtschaftliche Probleme in den Krankenhäusern und trifft auch die rheinland-pfälzischen Kliniken hart. Fast alle für das Krankenhaus relevante Waren und Dienstleistungen haben sich spürbar verteuert.

Bereits vor der aktuellen Kostenexplosion ergab eine Umfrage der KGRP, dass bereits für das Jahr 2022 nur noch 15% der Kliniken in Rheinland-Pfalz ein positives Jahresergebnis erwarten. Da zwischenzeitlich sämtliche Finanzpolster aufgebraucht sind, bedroht die akute Situation nun zunehmend die wirtschaftliche Existenz der Kliniken.

Der Vorstandsvorsitzende der DKG, Dr. Gerald Gaß erklärte dazu, „Die Krankenhäuser stehen wirtschaftlich mit dem Rücken zur Wand. Wir müssen damit rechnen, dass sich der kalte Strukturwandel mit der Schließung einzelner Abteilungen und ganzer Krankenhausstandorte noch weiter beschleunigt. Wenn die Politik nicht handelt sind wichtige Teile der gewohnten Patientenversorgung in ihrer Existenz bedroht.“

Der KGRP-Vorstandsvorsitzende Dr. Münzel hat dazu eine klare Forderung an die Regierung in Berlin: „Wir brauchen dringend einen Inflationsausgleich in Form eines Rechnungsaufschlags von mindestens 4 % im Bereich der Somatik und mindestens 2 % in der Psychiatrie“.

Bundesweite Kampagne

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) startete am 5. September eine bundesweite Kampagne, mit der sie auf die massiven wirtschaftlichen Bedrohungen für die Krankenhauslandschaft aufmerksam macht. Die DKG fordert gemeinsam mit allen Landeskrankenhausgesellschaften in allen Bundesländern einen umgehenden Inflationsausgleich für die Kliniken, um ungesteuerte Insolvenzen zu verhindern. Mit einer Online-Petition (<http://openpetition.de/!AlarmstufeRot>) wollen die Krankenhäuser ihre Forderungen an die Politik bekräftigen.

Die **Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V. (KGRP)** ist der Dachverband der Krankenhausträger in Rheinland-Pfalz und vertritt die Interessen von 85 Krankenhäusern mit rund 26.000 Betten. Über 980.000 Patientinnen und Patienten werden jährlich in den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern umfassend stationär behandelt. Hinzu kommen jährlich mehr als 80.000 ambulante Operationen. Die Kliniken sind zugleich einer der bedeutendsten Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz mit rund 58.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Nähere Informationen zu den Aufgaben der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz unter www.kgrp.de.

ViSdP: Andreas Wermter, Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V.